

Berichtsvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2018 – 2023

Datum: 19.05.2020

SR/BerVoSr/188/2020

Gremium	Datum	Behandlung
Finanzausschuss	03.06.2020	Ö

Verfasser: Koop, Axel

FB/Az: 2

Bericht der Verwaltung; hier: Kommunalen Solidarpakt 2020

Zusammenfassung:

Vorschlag des Bundesfinanzministers für einen Kommunalen Solidarpakt 2020

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Koop, Axel am 18.05.2020

Koech, Gunnar, Bürgermeister am 19.05.2020

Sachverhalt:

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände hat sich in zwei Schreiben an den Ministerpräsidenten und den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein mit der Bitte um Unterstützung für die Bewältigung der fiskalischen Folgen der Corona Pandemie gewandt (siehe vorheriger Tagesordnungspunkt).

Die Kommunen werden auf der Einnahmen- und Ausgabenseite durch die Krise in besonderer Weise betroffen sein und die fiskalischen Folgen allein nicht bewältigen können. Nicht nur Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben im sozialen Bereich, sondern auch erhöhte Defizite in den öffentlichen Einrichtungen, fehlende Gewinnabführungen kommunaler Unternehmen und ausfallende Gebühreneinnahmen werden die Haushalte dauerhaft und nachhaltig belasten.

Notwendig sind kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen nachhaltig zu sichern.

In den Forderungen der Kommunen war immer auch die Komponente enthalten, dass der Bund die Kommunen wirksam unterstützen muss. Bundesfinanzminister Scholz hat hierfür einen Kommunalen Solidarpakt 2020 vorgeschlagen, der eine Soforthilfe für die Kommunen durch anteilige Übernahme der Gewerbesteuermindereinnahmen vorsieht und eine Lösung für die Altschuldenproblematik aufzeigt auf einer Basis, die nicht mehr allein einzelne Bundesländer in den Blick nimmt.

Der Städteverband Schleswig-Holstein begrüßt das starke Signal des Bundes ausdrücklich und baut darauf, dass die Länder, die für die Finanzausstattungsgarantie der Kommunen verantwortlich sind, diesen Weg mitgehen.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat in einer ersten Reaktion den Vorschlag wie folgt bewertet:

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt ausdrücklich die Initiative von Bundesfinanzminister Scholz einen Rettungsschirm für die Kommunen noch im Juni auf den Weg zu bringen. Die dramatischen Ausfälle, insbesondere bei der Gewerbesteuer, sollen mit Bundesmitteln teilweise ausgeglichen werden. Das sichert die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden in der Krise und ermöglicht insbesondere, dass die Investitionskraft der Kommunen gestärkt wird. Gerade weil die Exporte Deutschlands weiterhin zurückgehen werden muss die Binnennachfrage gestärkt werden. Da wir bereits vor der Krise einen Investitionsrückstand in den Kommunen von rund 140 Milliarden Euro hatten kommt es darauf an, gerade hier einen wichtigen Impuls zu setzen. Es geht vorrangig um Investitionen in die Infrastruktur (Straßen, Wege, Kindergarten, Schulen), Klimaschutzmaßnahmen und die Beschleunigung der Digitalisierung. Ein positives Signal ist in diesem Zusammenhang auch, dass unter Beteiligung der entsprechenden Länder die Altschuldenproblematik angegangen werden soll. Gerade die besonders hoch verschuldeten Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, die bereits vor der Krise in einer schwierigen Lage waren, können dann in die Zukunft investieren. Wir hoffen sehr, dass die Wirtschaft schnell wieder Tritt fasst und nicht etwa durch eine zweite Infektionswelle die Einnahmesituation der Kommunen sich noch viel schlechter entwickelt als jetzt vorhergesagt. Die Länder sind allerdings gefordert, ihren Anteil zu leisten, denn vorrangig tragen sie die Verantwortung für die Finanzausstattung ihrer Städte und Gemeinden. Wir setzen auf das gemeinsame Verantwortungsbewusstsein von Bund und Ländern, dass diese Maßnahmen wie angekündigt noch im Sommer gesetzestechnisch umgesetzt werden. Das ist nicht nur ein positives Signal für die Kommunen, sondern auch für die Menschen, die auf eine funktionierende und gut ausgebaute Infrastruktur der kommunalen Daseinsvorsorge setzen. Wenn vor Ort nachhaltig verbessert wird, ist das ein unverzichtbares Hoffnungssignal in schweren Zeiten."

Nähere Einzelheiten können den **Anlagen** entnommen werden.